

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Hannover, den 4. Dezember 2000

BSE bekämpfen statt verwalten

Der Landtag wolle beschließen:

„Entschließung

Der Landtag stellt fest:

- Mit den Aussagen „Deutsches Rindfleisch ist sicher!“ und „Deutschland ist BSE-frei!“ wurde die BSE-Gefahr in Deutschland bisher geleugnet. Aktive Maßnahmen mit dem Ziel, die weitere Verbreitung der Rinderseuche einzudämmen, sind damit unterblieben.
- Trotz vielfältiger warnender Stimmen wurde im Frühjahr dieses Jahres, auch mit erheblicher niedersächsischer Unterstützung, das Exportverbot für britisches Rindfleisch aufgehoben. Die aktuelle Situation belegt, dass dies vorschnell und falsch war, da die dazu erforderliche Kennzeichnung nicht umgesetzt wurde.
- Die vorhandenen Möglichkeiten, über Schnelltests ein Bild über das BSE-Geschehen in Deutschland zu gewinnen, wurden nur unzureichend genutzt. Nach dem Motto „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß!“ wurde der rechtzeitige Ausbau ausreichender Testkapazitäten versäumt.
- Weiteres Abwarten ist nicht mehr möglich. Die eingeleiteten Maßnahmen sind wichtige Schritte in die richtige Richtung, reichen aber noch nicht aus. Es bedarf eines umfassenden Konzeptes der aktiven Seuchentilgung mit Maßnahmen auf allen politischen Handlungsebenen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

Zur unmittelbaren Gefahrenbekämpfung der Auswirkungen der Rinderseuche BSE und zur Tilgung der Seuche selbst sind von der Landesregierung folgende Schritte im Rahmen der Zuständigkeiten entweder mit eigenen Maßnahmen bzw. mit bundes- und europapolitischen Initiativen zu unternehmen und einzuleiten:

- a) BSE-Tests sind bei allen geschlachteten Rindern durchzuführen. Auch Schafe sind in die Testreihen mit einzubeziehen. Orientiert am Forschungsbedarf müssen auch Nichtwiederkäuer getestet werden.
- b) Die Futtermittelkontrollen sind zu verschärfen und in der verschärften Form bis zur Tilgung der Seuche beizubehalten.
- c) Eine eindeutige und aussagekräftige Lebensmittelkennzeichnung, die den Verbraucherinnen und Verbrauchern das Erkennen von Rinderbestandteilen auch im Non-Food-Bereich (z. B. Kosmetika/Arzneimittel) ermöglicht, ist einzuführen.
- d) Forschungsmittel, insbesondere aus dem Bereich der grünen Gentechnik, sind auf allen Haushaltsebenen zu Gunsten der BSE-Forschung umzuschichten.

- e) Das Verbot der Tiermehlverfütterung ist auch auf den Bereich der Heim- und Zootiere auszudehnen. Eine Ausnahmeregelung für Talg und Fette für die Kälberfutterherstellung darf es nicht geben.
- f) Ein „Eiweiss-Plan“ zum Ersatz des Tiermehlanteils in Futtermitteln und zur Ausweitung des heimischen Eiweisspflanzenanbaus ist zu erstellen und umzusetzen. Ein Ersatz durch zusätzlich importierte, möglicherweise gentechnisch veränderte Soja darf nicht erfolgen.
- g) Abgeschlossene Handelsgebiete für alle BSE-relevanten Lebens- und Futtermittel als Sperrgebietsstrategie zur Eingrenzung des Seuchengeschehens sind zu schaffen.“

B e g r ü n d u n g

Durch die Verharmlosung der Rinderseuche BSE gerade in Niedersachsen durch den ehemaligen Landwirtschaftsminister Funke und seinen Nachfolger Bartels ist dieses Bundesland so gut wie nicht auf den Seuchenausbruch in Deutschland vorbereitet. Die Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen stellte zwei Anträge in den Jahren 1997 und 1999, die die Richtung aktiver Maßnahmen zur Eindämmung der Rinderseuche BSE angaben: das allgemeine Verbot der Verfütterung von Tierkörpermehl und die Beibehaltung des Importverbots für britisches Rindfleisch.

Das Übergreifen der Rinderseuche auf andere Tierarten durch Verfütterung verseuchten Tiermehls und die Schwierigkeiten, selbst mit extremen Temperaturen das infektiöse Material zu neutralisieren, führten zu dem Antrag auf das allgemeine Tiermehlverfütterungsverbot. Dies gilt inzwischen als das allfällige Seuchenbekämpfungsmittel, da dieser Infektionsweg am sichersten nachgewiesen ist. Viele europäische Staaten haben dieses Verbot erlassen und sogar die EU konnte sich - wenn auch nur auf ein halbes Jahr befristet - auf ein Fütterungsverbot einigen.

Die Beibehaltung des Importverbots von britischem Rindfleisch, eine Maßnahme, die jetzt im Rahmen der Seuchenbekämpfung auch wieder im Gespräch ist, war 1999 bei 47 an der neuen Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit verstorbenen jungen Menschen in England (seit Ausbruch der Seuche) und monatlich über 100 neuen BSE Fällen mehr als sinnfällig.

Mit Hinweis auf die eingeschränkte Aussagefähigkeit von Schnelltests wurden diese vom Landwirtschaftsministerium verworfen und kleingeredet. Landwirtschaftsminister Bartels bezeichnete die Anwendung von Schnelltests an deutschen Rindern in Nordrhein-Westfalen als „Wahnwitz“. Entsprechend kam es zu keinem vorbeugenden Ausbau der Untersuchungskapazitäten in Niedersachsen. Der Zufallsfund in Schleswig-Holstein, Ergebnis eines freiwilligen Tests, zeigt, wie wichtig die Schnelltests sind, um kranke Tiere aus der Nahrungskette fernzuhalten und ein Bild über das Seuchengeschehen in Deutschland zu erhalten.

Wie bei jedem anderen Seuchengeschehen auch, muss es bei der Rinderseuche BSE ein umfassendes Seuchenbekämpfungskonzept geben, wenn es zu einer Tilgung der Seuche kommen soll. Dabei kann bisherige Seuchenbekämpfung Anhaltspunkte liefern, aufgrund der Neuartigkeit der BSE-Seuche und vieler wissenschaftlich ungeklärter Sachverhalte muss aber ein breit angelegtes Konzept gefahren werden. Es muss über die bisher ergriffenen Maßnahmen weit hinausgehen.

Da zur unmittelbaren Gefahrenbekämpfung und zur Tilgung der Seuche unterschiedliche Zuständigkeitsebenen bestehen, muss die Landesregierung sowohl mit eigenen Maßnahmen als auch mit bundes- und europapolitischen Initiativen aktiv werden, um die nachfolgenden Schritte einzuleiten. Diese Schritte müssen von der Strategie der größtmöglichen Verbrauchersicherheit bestimmt sein. Erwägungen kurzfristiger wirtschaftlicher Auswirkungen müssen dahinter zurückstehen.

BSE-Tests müssen bei allen Schlachtrindern und nicht nur bei Rindern ab einem bestimmten Lebensalter durchgeführt werden. Sie verringern das Risiko, dass infiziertes Fleisch auf den Markt kommt. Sie liefern außerdem Datengrundlagen für die weitere Forschung. Das gilt auch für geschlachtete Schafe, da die BSE-ähnliche Schafskrankheit Scrapie durch Verfütterung von scrapiebefallenen Schafskadavern als Auslöser der Rinderseuche gilt. Abgestimmt auf den Forschungsbedarf werden auch Tests bei Nichtwiederkäuern erforderlich werden, um weitere Erkenntnisse über das Durchbrechen der Tierartengrenze durch diese Seuche zu erlangen.

Die Nutzung der industriellen Futtermittelproduktion als Entsorgungsschiene für Abfälle aller Art hat immer wieder neue Lebensmittelskandale produziert, erinnert sei hier an Belgien. Hier müssen die Kontrollen und gesetzlichen Vorgaben massiv verschärft werden. Zum Zeitpunkt der Feststellung der Verbreitung der BSE-Seuche nach Deutschland ergab hier in Niedersachsen bei einem Futtermittelhersteller die Kontrolle, dass Rinderfutter Tiermehl enthielt, sechs Jahre nach dem EU-weiten Verbot. Die Verantwortungsllosigkeit dieses Industriezweigs muss wegen der großen Verbraucher-Gefährdung im allgemeinen und wegen der BSE-Seuchenbekämpfung scharf geahndet werden.

Angesichts von BSE, das zu einem Lebensrisiko geworden ist, können sich die Verbraucher für eine persönliche Risikostrategie nur entscheiden, wenn sie wissen, in welchen Produkten z. B. Rinderbestandteile enthalten sind. Es bedarf deshalb eindeutiger und umfassender Kennzeichnungspflichten. Das gilt auch für den Non-Food-Bereich (z. B. Kosmetik/Arzneimittel).

Die Kenntnisse über BSE sind geprägt von Wissenslücken und Unsicherheiten. Übertragungswege, Inkubationszeiten und die Entstehung selbst sind mit vielen Fragezeichen versehen. Statt Fakten gibt es Vermutungen, Schätzungen und immer neue Theorien. Deshalb ist ein deutliches europaweites Umsteuern erforderlich bei der Festlegung der politischen Forschungsziele. Es ist nicht hinnehmbar, dass mit der gentechnischen Forschung im Agrarbereich immer neue unbekannte Risiken geschaffen werden, die Anstrengungen zur Erforschung von BSE aber auf Sparflamme kochen. Deshalb fordern wir die Umschichtung der Forschungsmittel auf allen Haushaltsebenen, weg von der Gentechnik-Forschung im Bereich Landwirtschaft und Lebensmitteln, hin zu einer Erforschung von BSE. Es geht darum, mit neuen, verbesserten Tests die Diagnosemöglichkeiten zu erweitern. In diesem Zusammenhang machen auch BSE-Tests an jüngeren Rindern und Schafen und an Schweinen, Geflügel, Fischen u. ä. Sinn, die sich am Forschungsbedarf orientieren müssen. Und es geht um Vorsorge und Heilung bei BSE und Scrapie, aber vor allen Dingen in Bezug auf die menschliche Creutzfeldt-Jakob-Krankheit (CJK) und ihre neuartige BSE-Variante (vCJK).

Die Tilgung der Seuche kann nur erfolgreich verfolgt werden, wenn alle denkbaren Infektionswege wirksam unterbrochen werden. Deshalb sollte auch für Heim- und Zootiere das Fütterungsverbot gelten, ganz abgesehen von Gründen des Tierschutzes. Auch weitere Futtergrundstoffe tierischen Ursprungs wie Blutmehl oder Tierfette müssen aus Seuchenbekämpfungsgründen ausgeschlossen werden. Der bisher nicht aufgeklärte Fall des schleswig-holsteinischen BSE-Rindes könnte z. B. seine Aufklärung durch das verabreichte niederländische Kälberfutter (Milchaustauscher) erfahren.

Der Verzicht auf Tierkörpermehl darf nicht einfach durch Soja als Eiweißträger ausgeglichen werden. Das konfrontiert mit dem Problem der gentechnisch veränderten Soja, deren Verwendung möglicherweise neue Risiken schafft. Überdies ist der Einsatz von Gentec-Soja in der EU noch verboten. Wenn zusätzliche Eiweißfuttermittel gar aus der 3. Welt importiert werden, stellt sich die Frage der ethischen und entwicklungspolitischen Verantwortung. Gebraucht wird ein europäischer „Eiweiß-Plan“, der den Anbau einheimischer Eiweißpflanzen (z. B. Ackerbohnen, Erbsen, Lupinen) attraktiv macht und weiterentwickelt. Damit kann die sogenannte europäische Eiweißlücke in der europäischen Landwirtschaft geschlossen werden. Auch hier muss Deutschland, ggf. mit nationalen Vorgaben, den Prozess vorantreiben.

Die umfangreichen Handelsbeziehungen in Europa erschweren die Suche nach den Übertragungs- und Ausbreitungswegen der Seuche. Sie verhindern eine Eingrenzung und nachhaltige Tilgung evt. vorhandener Seuchenherde. Analog zu „Sperrgebietsstrategien“ bei der Bekämpfung anderer Seuchen (z. B. Schweinepest, MKS) müssen in der EU kleinere Einheiten geschaffen werden. Wir brauchen voneinander getrennte, abgeschlossene Handelsgebiete für alle BSE-relevanten Lebens- und Futtermittel. Eine erste Gliederung kann am einfachsten auf nationaler Ebene erfolgen, weitere Untergliederungen müssen sich am konkreten BSE-Geschehen orientieren.

Pothmer

Stellv. Fraktionsvorsitzende